

Die Haltung Schwedens.

Erklärungen im Reichstage.

A. Stockholm, 24. Jänner. Im schwedischen Reichstag begann die mit großem Interesse erwartete Budgetdebatte. Die Tribünenplätze waren dicht besetzt. In der ersten Kammer wohnte der Kronprinz der Sitzung bei.

Ministerpräsident Hammarström hielt in der zweiten Kammer eine große Rede, die er später in der ersten Kammer wiederholte und worin er betonte, daß keine Ursache bestehe, im In- oder Ausland daran zu zweifeln, daß die Politik der schwedischen Regierung eine Politik der Neutralität sei. Ein deutlicher Beweis dafür sei in den Worten und Handlungen der Regierung gegeben. Die darüber aufgetretenen Zweifel seien krankhaftem Mißtrauen oder Mangel an Verständnis, was ehrliche und unparteiische Neutralität bedeute, zuzuschreiben. Der Ministerpräsident erinnerte an seine Erklärungen im vorigen Sommer: Es ist unser warmer Wunsch, den Frieden zu bewahren, und unsere Pflicht, mit allen Kräften dafür zu wirken. Wir rechnen aber auch mit Möglichkeiten, bei welchen Schweden trotz aller unserer Bemühungen die Wahrung des Friedens nicht mehr möglich wäre. Durch diese Worte wurde unsere Politik so genau und deutlich gekennzeichnet, wie es ohne ein unangebrachtes und sogar undenkbares Eingehen auf wirkliche oder angenommene Fälle überhaupt möglich war. In einer späteren Rede wurde weiter betont, daß ausschließlich schwedische Gesichtspunkte in Betracht kommen sollen, mithin Sympathien nicht entscheidend sein dürfen. Nach solchen Grundsätzen verfahren wir bisher. Wenn irgendwo die Auffassung besteht, als wären wir parteiisch gewesen, beruht sie entweder auf einem unrichtigen Gesichtspunkte oder einer ungenügenden Kenntnis der Verhältnisse.

An den Grundsätzen der bisher von uns befolgten Politik halten wir fest; sie gilt auch für das Verhältnis Schwedens zu den übrigen Neutralen. Unter diesen suchten und erzielten wir, besonders von Dänemark und Norwegen, die Mitwirkung für gemeinsame Ziele.

Die jetzige Gruppierung der Mächte ist nicht ewig. Wenn andere Verhältnisse eintreten, wird eine jetzt kriegsführende Macht es vielleicht bereuen, daß sie wegen zufälliger, oft zweifelhafter Vorteile die Verträge und Gebote des Völkerrechtes zerriß, die nur zu spät wieder hergestellt oder ersetzt werden können. Obgleich wir im Interesse unserer Neutralität und Selbständigkeit vielleicht auf gewisse zufällige Vorteile verzichteten, so ist doch das Gesamtergebnis unseres Erwerbslebens bei uns nicht schlechter als in den anderen neutralen Staaten.

In der ersten Kammer erklärte der Führer der Rechten Trygger, seine Partei wünsche jetzt wie vor einem Jahr die Aufrechterhaltung der Neutralität nach allen Seiten. Der gegenwärtige Zustand sei kein Rechtszustand, sondern ein Zustand der Gewalt auf der einen Seite und der Unterwerfung auf der anderen. Schweden könne nicht auf seine Rechte verzichten. Lieber, als daß wir auf unseren Anspruch auf Achtung und Ehre verzichten, fuhr Redner fort, wollen wir uns den größten Entschuldigungen und Opfern unterwerfen.

Der Führer der Liberalen Avarnzellus erklärte als unerschütterliche Meinung seiner Partei, der überwiegenden Mehrheit des schwedischen Volkes, daß es notwendig und das Beste sei, die unparteiische Neutralität beizubehalten. Er sprach seine und seiner Partei Übereinstimmung in dieser Hinsicht mit der Regierung aus.

Der gewesene Minister Alfred Petersson (liberal) führte aus, die schwedische Neutralität müsse so offenbar sein, daß kein Zweifel an ihrer Ehrlichkeit entstehen könne.

In der zweiten Kammer hob der Führer der Liberalen Eden die Tatsache hervor, daß der Aktivismus eine schlechte Wirkung außerhalb der Grenzen Schwedens hervorgerufen habe. Es sei eine Angelegenheit von der größten Bedeutung für die Regierung, die Rechte und das ganze Land, daß man sich von den aktivistischen Elementen frei mache. Man erkläre, der Aktivismus sei tot; er sei aber in neuer Gestalt aufgetreten und auf handelspolitischem Gebiete hervorgetreten.

Der Führer der Sozialdemokraten Branting sprach die Besorgnis aus, daß die Haltung der Regierung nicht mehr so deutlich neutralitätsfreundlich wie bisher sei. Im Falle des Ausfuhrverbotes für Papiermasse versuchte man eine reine Erpressungspolitik. Aus den unteren Schichten des ganzen Volkes steigte klarer und klarer die Forderung nach gerechter Neutralität hervor.

Der Führer der Rechten, der ehemalige Staatsminister Lindman, erklärte, die Partei der Rechten billige jetzt, wie bisher, die Neutralität. Die Neutralität muß aufrechterhalten und unsere Interessen geschützt werden. Man darf die Kriegsführenden nicht zu dem Glauben kommen lassen, daß Schweden nach Belieben behandelt werden könne. Dies kann man eine aktive Neutralität nennen, im Gegensatz zu einer passiven.

Die Mitglieder der linken Parteien in beiden Kammern tadelten die Regierung, weil sie im vorigen Jahre, ohne den Reichstag zu hören, die Kosten für die Neutralitätswache bereitstellte. Sie besprachen auch die Lebensmittelteuerung.

A. Stockholm, 24. Jänner. (Reichstag.) Auf die Rede des Ministerpräsidenten reflektierend, führte der Sozialdemokrat Branting noch aus, die Regierung habe sich über die möglichen Folgen ihrer Neutralitätspolitik nicht klar genug ausgesprochen. Es sei die Frage, ob die Nation größeren Gefahren ausgesetzt werden müsse lediglich wegen der genauen Auslegung des Völkerrechtes, auf die sich die schwedische Politik jetzt stütze. Es sei notwendig, ein vernünftiges Übereinkommen zu treffen und

eine Entspannung der Lage zu erzielen, nicht aber sich durch angeblich unüberbrückbare Gegensätze zum äußersten bringen zu lassen.

Ministerpräsident v. Hammarström wiederholte seine Versicherung, daß die Regierung die Erhaltung des Friedens wärmstens wünsche, daß aber damit gerechnet werden müsse, daß dies trotz aller Anstrengungen unmöglich werden könnte.

Die Erklärung des Ministerpräsidenten wurde mit großem Beifall aufgenommen.